

Hilfe für Kinder

Hamm nimmt am Modellprojekt teil

HAMM ■ Die Stadt Hamm nimmt als eine von 18 Städten und Kreisen an dem Modellvorhaben der NRW-Landesregierung „Kein Kind zurücklassen – Kommunen in NRW beugen vor“ teil. Dies erklärten am Montag die Staatskanzlei und die Bertelsmann-Stiftung. Insgesamt gab es 52 Bewerbungen. Das Ziel des Vorhabens ist es, bereits vorhandene Maßnahmen in den Kommunen und auf Länderebene besser und gezielter zu nutzen. Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, aber auch Kitas, Schulen, Ärzte oder die Polizei sollen noch systematischer zusammenarbeiten.

In einer ersten Reaktion bedankte sich Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann (CDU) bei allen, die sich an der Erarbeitung der Hammer Konzeption beteiligt haben – ausdrücklich auch beim Hammer Landesabgeordneten Marc Herter (SPD), der das Vorhaben in Düsseldorf tatkräftig unterstützt habe. Der Zuschlag sei eine gute Nachricht für die Stadt Hamm – vor allem für die Kinder. „Wir fühlen uns durch den Zuschlag bestätigt, den eingeschlagenen Weg zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit aller Konsequenz weiterzugehen. Auf der einen Seite wollen wir erreichen, dass alle Kin-

der in dieser Stadt die gleichen Chancen haben. Auf der anderen Seite wollen wir durch eine intensive Evaluierung ganz genau wissen, welche Projekte tatsächlich gut sind – und welche Projekte lediglich gut gemeint sind“, sagte der Oberbürgermeister.

Sozialdemokrat Herter appellierte an die Fraktionen von CDU und SPD den „Stellungskrieg“ zu beenden. „Wir sind aufgefordert, dem jetzt auch dadurch Rechnung zu tragen, indem wir nicht jedes sozial- und jugendpolitische Projekt je nach politischer Rolle im Rat entweder einfordern oder verdammen, sondern sie gemeinsam auf ihre Wirksamkeit hin bewerten.“

Hoherfreut ist auch die CDU. „Das ist für uns erstens eine deutliche Auszeichnung unserer bisherigen Arbeit und zweitens Ansporn, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen“, sagte Fraktionschef Dr. Richard Salomon.

Die praktische Umsetzung soll offiziell im März beginnen. Die ausgewählten Städte und Kreise erhalten eine finanzielle Förderung für ihren personellen und sachlichen Mehraufwand – je nach Größe zwischen 32 000 und 64 000 Euro. Das Modellvorhaben ist in der ersten Phase bis 2015 angelegt. Beabsichtigt ist eine Fortsetzung bis 2020. ■ asc